

Kristina Budimir, Rainer Eppel, Ulrike Famira-Mühlberger, Ulrike Huemer, Christine Mayrhuber

Erwerbsinaktivität und soziale Sicherungssysteme: Ein europäischer Vergleich

Österreich weist in einem Vergleich mit acht europäischen Ländern (Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Großbritannien, Niederlande, Schweden und Slowenien) eine leicht überdurchschnittliche Erwerbstätigenquote und einen relativ geringen Anteil der Arbeitslosen auf. Gleichzeitig liegt die Erwerbsinaktivitätsquote leicht über dem Durchschnitt. Ein vergleichsweise hoher Anteil der Nichterwerbspersonen mit grundsätzlicher Arbeitsbereitschaft deutet auf ein großes ungenutztes Erwerbspotential hin. Spielraum zur Steigerung des Arbeitskräfteangebotes besteht für die Sozialpolitik in erster Linie in Bezug auf Frauen mit Betreuungspflichten und auf ältere Personen im Ruhestand.

Der vorliegende Beitrag fasst die Ergebnisse der folgenden WIFO-Studie im Auftrag des Arbeitsmarktservice Österreich zusammen: Ulrike Famira-Mühlberger (Koordination), Kristina Budimir, Rainer Eppel, Ulrike Huemer, Thomas Leoni, Christine Mayrhuber, Soziale Sicherungssysteme und Arbeitsmarktpersistenz in der EU. Hauptergebnisse, Vertiefende Analyse (März 2010, 127 bzw. 98 Seiten, je 50 €, kostenloser Download: http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=38863&typeid=8&display_mode=2, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=38911&typeid=8&display_mode=2) • Begutachtung: Eva Rückert • Wissenschaftliche Assistenz: Silvia Haas • E-Mail-Adressen: Ulrike.Famira-Muehlberger@wifo.ac.at, Christine.Mayrhuber@wifo.ac.at, Rainer.Eppel@wifo.ac.at

Die Analyse der beschäftigungspolitischen Performance einer Volkswirtschaft beruht auf drei wesentlichen Indikatoren: der Erwerbstätigenquote, der Arbeitslosenquote und der Erwerbsinaktivitätsquote. Die Arbeitslosenquote allein bildet den Umfang des unausgeschöpften Erwerbspotentials nur unzureichend ab, da auch ein Teil der Erwerbsinaktiven potentiell Erwerbspersonen sind.

Für die Interpretation länderspezifischer Besonderheiten dieser Indikatoren spielt die Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme eine zentrale Rolle. Zum einen wirken diese direkt auf das individuelle Arbeitskräfteangebot. Zum anderen erfolgt die Einstufung als erwerbstätig, erwerbslos oder inaktiv in der Arbeitsmarktstatistik zwar nach einheitlichen Kriterien, doch wird sie durch länderspezifische sozialrechtliche Regelungen wie z. B. die Definition von Erwerbsfähigkeit beeinflusst. Personen in ähnlicher Lebenslage können je nach Land in unterschiedlichen sozialen Sicherungssystemen aufscheinen und unterschiedlichen Arbeitsmarktgruppen zugeordnet werden.

Als Datengrundlage der Analyse der Arbeitsmarktpersistenz in neun EU-Ländern (Österreich, Belgien, Dänemark, Deutschland, Niederlande, Slowenien, Finnland, Schweden und Großbritannien) und der Auswirkungen der nationalen sozialen Sicherungssysteme auf die Erwerbsinaktivität durch das WIFO (Famira-Mühlberger et al., 2010A, 2010B) diente die Arbeitskräfteerhebung (Labour Force Survey). Zusätzlich zu den auf europäischer Ebene verfügbaren Daten, nationalen Statistiken und der europäischen MISSOC-Datenbank wurden nationale Experten und Expertinnen befragt, um der Komplexität der Arbeitsmarktinstitutionen Rechnung zu tragen. Der vorliegende Beitrag fasst die wesentlichen Erkenntnisse der Studie zusammen¹⁾.

¹⁾ Die Studie beschäftigt sich darüber hinaus mit möglichen (Re-)Integrationsmaßnahmen in Österreich. Auf diesen Teil der Arbeit wird hier nicht eingegangen.

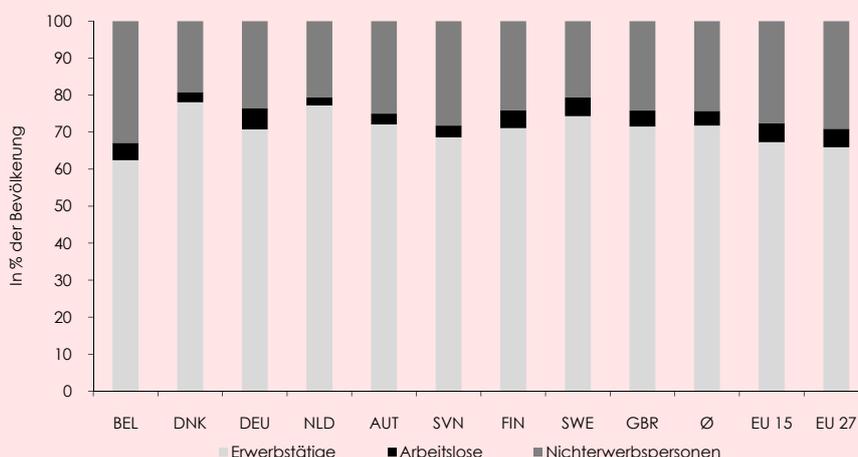
Österreichs Arbeitsmarktperformance im Vergleich

Die neun hier untersuchten Länder weisen in der EU 15 bzw. EU 27 eine überdurchschnittlich gute Arbeitsmarktperformance auf. Im Jahr 2008 lag der Anteil der Erwerbstätigen in der Ländergruppe mit 71,8% der 15- bis 64-jährigen Bevölkerung über dem Durchschnitt der EU 15 (67,3%) und der EU 27 (65,9%), der Anteil der Arbeitslosen war mit 4,0% (EU 15 5,2%, EU 27 5,0%) und jener der Nichterwerbspersonen mit 24,3% (EU 15 27,5%, EU 27 29,1%) jeweils niedriger.

Gemessen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) lagen die Erwerbstätigenquote (72,1%) und die Inaktivitätsquote (25,0%) in Österreich im Jahr 2008 etwas über dem Durchschnitt der neun hier untersuchten europäischen Länder; der Anteil der Arbeitslosen war dagegen relativ gering (2,9%). Die beste Arbeitsmarktperformance wies Dänemark auf mit der höchsten Erwerbstätigenquote (78,1%) und der geringsten Inaktivitätsquote (19,2%) unter den neun Ländern sowie einem relativ niedrigen Anteil an Arbeitslosen (2,7%). Am anderen Ende des Spektrums findet sich Belgien mit der niedrigsten Erwerbstätigenquote (62,4%), dem höchsten Anteil an Inaktiven (32,9%) und einem überdurchschnittlichen Arbeitslosenanteil (4,7%) an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

Abbildung 1: Bevölkerung (15 bis 64 Jahre) nach Erwerbsstatus

2008



Q: AMS, Eurostat (Labour Force Statistics), WIFO-Berechnungen. Keine Arbeitslosenquote nach ILO-Definition, sondern Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

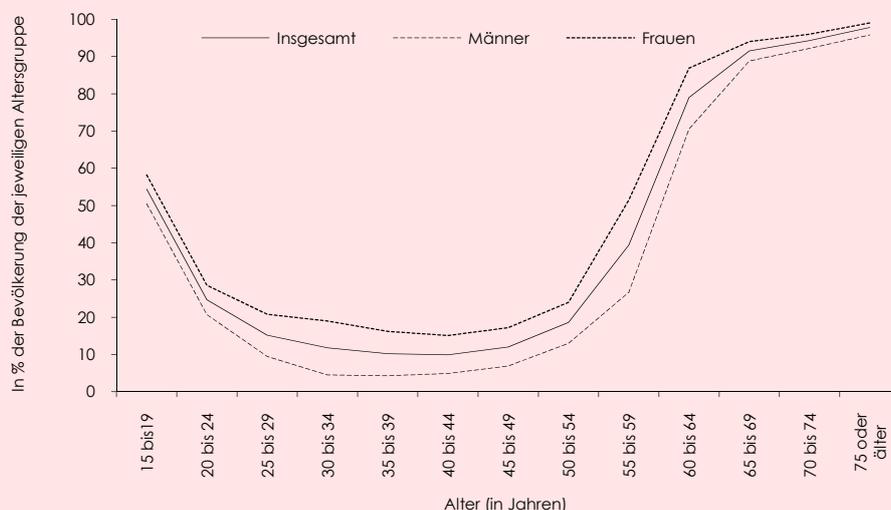
In allen neun untersuchten Ländern sind Frauen seltener erwerbstätig als Männer. Die Erwerbstätigenquote der Frauen lag 2008 zwischen 56,2% (Belgien) und 74,3% (Dänemark) und war in Österreich mit 65,8% leicht unterdurchschnittlich (neun Länder 67,1%). Die Differenz der Erwerbstätigenquote zwischen Männern und Frauen war in Österreich mit 12,7 Prozentpunkten am größten, in Finnland mit 4,2 Prozentpunkten am geringsten. Der geschlechtsspezifische Unterschied war besonders ausgeprägt im Alter zwischen 25 und 40 Jahren – einem Lebensabschnitt, in dem häufig eine Familie gegründet und Kinder großgezogen werden – sowie im Alter zwischen 55 und 60 Jahren, in dem häufig der Übergang in den Ruhestand erfolgt (Abbildung 2).

Österreich zählte 2008 zu den Ländern mit überdurchschnittlicher Erwerbstätigenquote der 15- bis 24-Jährigen (55,9%). Am höchsten war sie in den Niederlanden (69,3%), am niedrigsten in Belgien (27,4%). Im Haupterwerbsalter (25 bis 49 Jahre) unterscheidet sich die Erwerbstätigenquote zwischen den Ländern am wenigsten. Sie lag zwischen 81,6% (Großbritannien) und 88,6% (Slowenien); in Österreich entsprach sie mit 85,3% dem Länderdurchschnitt. In der Gruppe der 50- bis 64-Jährigen waren in Österreich nur 55,3% erwerbstätig (Länderdurchschnitt 61,4%) und 43,3% inaktiv (Länderdurchschnitt 36,1%). In dieser Altersgruppe ist die Bandbreite der Erwerbstätigenquote in den untersuchten Ländern besonders groß (Belgien 48,0%, Schwe-

den 74,9%). Umgekehrt war der Anteil der Nichterwerbspersonen in Schweden mit 22,2% am niedrigsten und in Belgien mit 49,7% am höchsten.

Abbildung 2: Nichterwerbspersonen in Österreich nach Altersgruppen

2008



Q: AMS, Eurostat (Labour Force Statistics), WIFO-Berechnungen. Keine Arbeitslosenquote nach ILO-Definition, sondern Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

Die Gründe der Erwerbsinaktivität sind in den untersuchten Ländern heterogen und spiegeln u. a. die Unterschiede zwischen den Sozialsystemen wider. Quantitativ am bedeutendsten sind im Durchschnitt der untersuchten Länder Ausbildung und berufliche Fortbildung vor Pension und Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit. Geringes Gewicht haben Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Erwachsenen, andere persönliche Gründe und die Annahme, dass keine geeignete Arbeit verfügbar wäre.

Bezogen auf die gesamte Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) haben in Österreich zum einen die Teilnahme an Ausbildung und beruflicher Fortbildung und zum anderen der Ruhestand die quantitativ größte Bedeutung als Gründe, dem Arbeitsmarkt fernzubleiben. Im Jahr 2008 waren 7,0% der 15- bis 64-jährigen Bevölkerung aufgrund von Ausbildung oder beruflicher Fortbildung erwerbsinaktiv (Länderdurchschnitt 8,0%), 8,6% aufgrund des Ruhestands (Länderdurchschnitt 5,5%). Neben dem Ruhestand fallen in Österreich auch die Betreuungsverpflichtungen gegenüber Kindern oder pflegebedürftigen Erwachsenen (2,8%, Länderdurchschnitt 1,9%) und "andere persönliche oder familiäre Gründe" (vorwiegend Frauen, die ausschließlich im Haushalt tätig sind; Österreich 2,9%, Länderdurchschnitt 1,5%) überproportional ins Gewicht. Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit hat hingegen (2,2%, Länderdurchschnitt 4,7%) eine verhältnismäßig geringe Bedeutung.

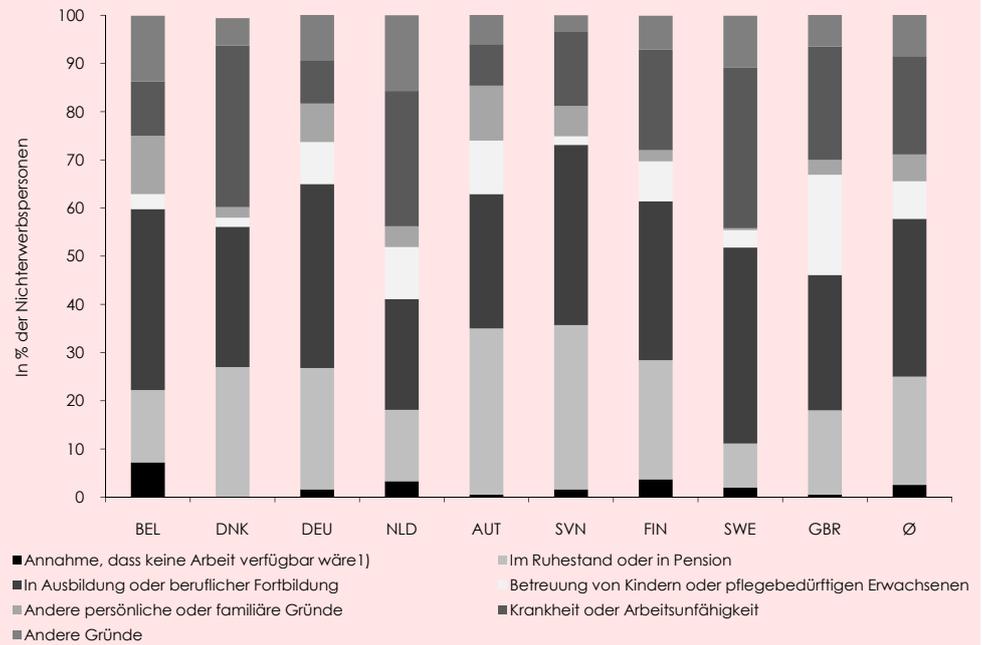
Für die 15- bis 24-Jährigen ist die Teilnahme an Ausbildung und beruflicher Fortbildung in allen neun untersuchten Ländern der dominierende Grund der Erwerbsinaktivität. In Österreich blieben 2008 32,1% aller Männer und 37,3% aller Frauen dieser Altersgruppe deshalb dem Arbeitsmarkt fern (90,8% bzw. 86,7% der Nichterwerbspersonen in dieser Altersgruppe). Am niedrigsten war die ausbildungsbedingte Erwerbsinaktivitätsquote der 15- bis 24-Jährigen mit 79,0% in Schweden, am höchsten mit 94,9% in Slowenien.

Im Haupterwerbssalter (25 bis 49 Jahre) sind für Frauen die Betreuungspflichten gegenüber Kindern oder pflegebedürftigen Erwachsenen der mit Abstand wichtigste Grund, nicht auf dem Arbeitsmarkt präsent zu sein (Österreich 8,3% aller Frauen bzw. 47,8% der erwerbsinaktiven Frauen in dieser Altersgruppe). International liegt dieser Anteil zwischen 8,1% in Dänemark und 59,7% in Großbritannien. Auch "andere persönliche oder familiäre Gründe" sind für 25- bis 49-jährige Frauen häufig ausschlag-

Gründe der Inaktivität

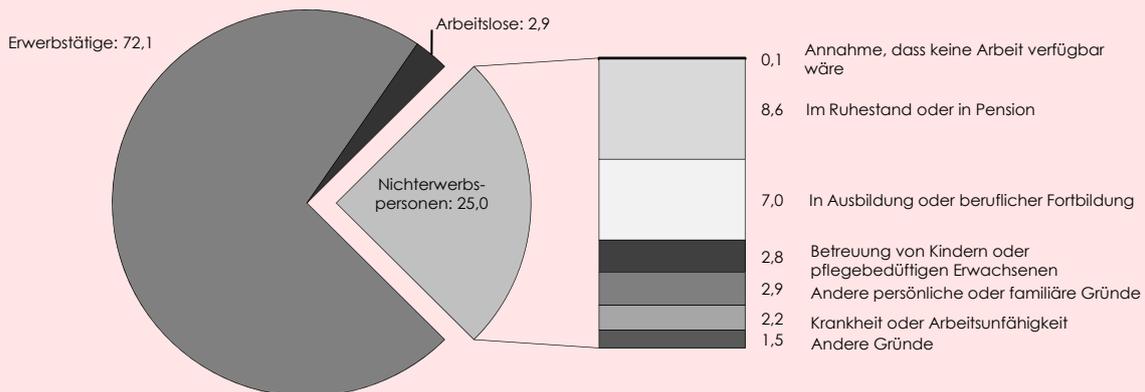
gebend für die Erwerbsinaktivität (Österreich 3,7% aller Frauen bzw. 21,3% aller erwerbsinaktiven Frauen der Altersgruppe).

Abbildung 3: Gründe der Inaktivität der 15- bis 64-jährigen Nichterwerbspersonen 2008



Q: AMS, Eurostat (Labour Force Statistics), WIFO-Berechnungen. – 1) Für Dänemark keine Daten verfügbar, daher Summe kleiner als 100%.

Abbildung 4: Bevölkerung in Österreich (15 bis 64 Jahre) nach Erwerbsstatus und Gründen der Erwerbsinaktivität 2008, in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

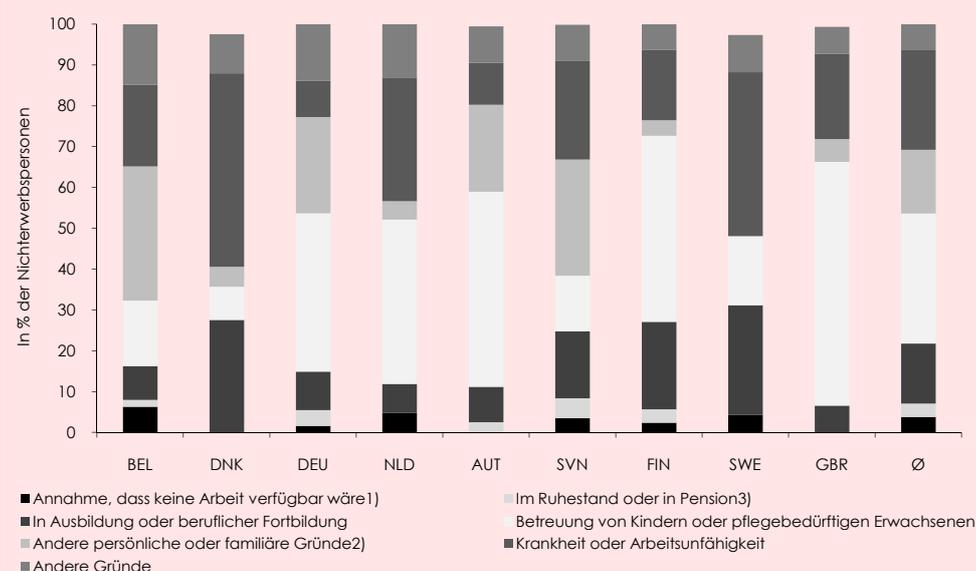


Q: AMS, Eurostat (Labour Force Statistics), WIFO-Berechnungen.

Für die Männer spielen Verpflichtungen in Haushalt und Familie als Gründe der Erwerbsinaktivität kaum eine Rolle. In Österreich bleiben Männer im Haupterwerbsalter vor allem wegen Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit (2,0% aller Männer und 34,1% der erwerbsinaktiven Männer dieser Altersgruppe) und aus "anderen Gründen" sowie Ausbildung oder beruflicher Fortbildung dem Arbeitsmarkt fern.

Abbildung 5: Gründe der Erwerbsinaktivität der 25- bis 49-jährigen Frauen

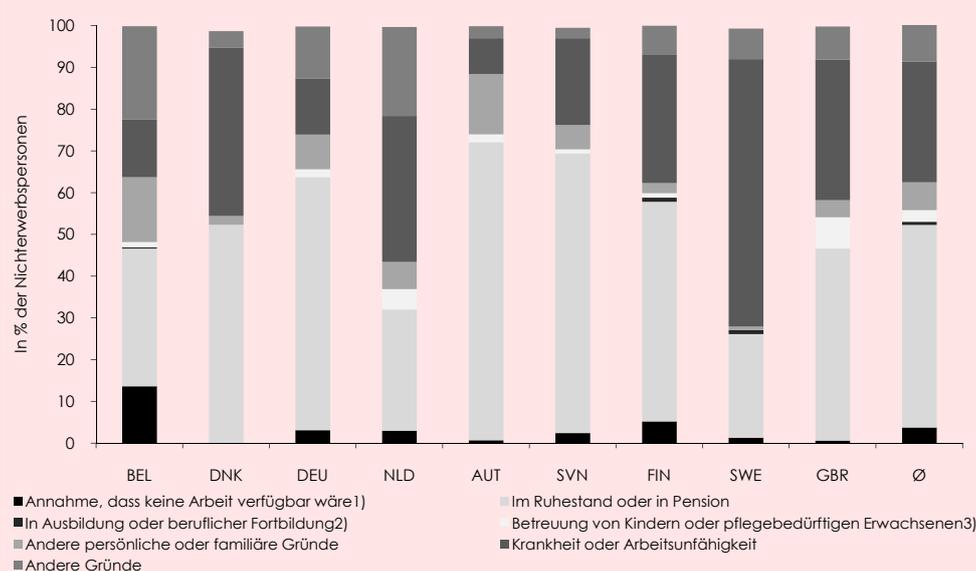
2008



Q: AMS, Eurostat (Labour Force Statistics), WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Für Dänemark, Österreich und Großbritannien keine Daten verfügbar. – ²⁾ Für Schweden keine Daten verfügbar. – ³⁾ Für Dänemark, Niederlande, Schweden und Großbritannien keine Daten verfügbar.

Abbildung 6: Gründe der Inaktivität der 50- bis 64-jährigen Nichterwerbspersonen

2008



Q: AMS, Eurostat (Labour Force Statistics), WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ für Dänemark keine Daten verfügbar. – ²⁾ Für Dänemark, Deutschland, Niederlande, Österreich, Slowenien und Großbritannien keine Daten verfügbar. – ³⁾ Für Dänemark und Schweden keine Daten verfügbar.

In der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen ist geschlechtsunabhängig der Ruhestand das wichtigste Motiv für die Erwerbsinaktivität. Der Anteil ist in Österreich höher als im Durchschnitt der Vergleichsländer. 28,1% aller Männer und 33,6% aller Frauen bzw. 82,1% aller inaktiven Männer und 64,7% aller inaktiven Frauen im Alter zwischen 50 und 64 Jahren befanden sich 2008 im Ruhestand. Auch im Durchschnitt der betrachteten Länder ist die Pensionierung der wichtigste Grund von Inaktivität im Alter (48,5% der Inaktiven) vor Krankheit und Erwerbsunfähigkeit (28,9% der Inaktiven). Nur

in Schweden ist der Anteil von Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit (64,1% der Inaktiven) höher als der des Ruhestands (24,8% der Inaktiven).

Wirkung des sozialen Sicherungssystems auf den Erwerbsstatus

Das individuelle Erwerbsverhalten wird durch eine Vielzahl von Faktoren beeinflusst, etwa durch die (regionale) Arbeitsmarktlage, persönliche Eigenschaften, gesundheitliche Probleme oder die Steuer- und Abgabenbelastung des Faktors Arbeit. Obwohl kein monokausaler Zusammenhang zwischen der Ausgestaltung des sozialen Sicherungssystems und der Erwerbstätigkeit bzw. Nichterwerbstätigkeit besteht, trägt der starke Einfluss des sozialen Sicherungssystems zur Erklärung der internationalen Unterschiede bei. Im Folgenden werden mögliche Wirkungen der wesentlichen sozialen Sicherungssysteme auf die Erwerbsinaktivität untersucht: Aus- und Weiterbildung, Betreuung und Haushaltsführung, Ruhestand sowie Krankheit und Erwerbsunfähigkeit.

Aus- und Weiterbildung

Die Teilnahme an Ausbildung und beruflicher Fortbildung ist unter den 15- bis 24-Jährigen in allen neun Vergleichsländern die häufigste Ursache von Inaktivität. Im Haupterwerbsalter ist diese Quote dagegen viel geringer und differiert international stark. Im Alter von 50 bis 64 Jahren spielen Ausbildungs- und berufliche Fortbildungsepisoden praktisch keine Rolle mehr als Gründe von Erwerbsinaktivität.

Ob und wie stark die Teilnahme an Ausbildung und beruflicher Fortbildung im regulären Bildungssystem die Inaktivitätsquote beeinflusst, hängt von mehreren Faktoren ab: dem Alter, in dem die gesetzliche Schulpflicht endet, der Ausgestaltung der Sekundarstufe II hinsichtlich Voll- und Teilzeitunterricht sowie Dauer der Bildungsgänge im Zusammenspiel mit der Bildungsbeteiligung und der Bildungsbeteiligung im tertiären Bereich in Kombination mit einer etwaigen Erwerbstätigkeit und Studiendauer.

Unter Jugendlichen liegt die Inaktivitätsquote aufgrund der Teilnahme an Ausbildung und beruflicher Weiterbildung zwischen 22,6% in den Niederlanden und 63,1% in Belgien. In Österreich geben 34,8% aller 15- bis 24-Jährigen an, aufgrund von Ausbildung und beruflicher Weiterbildung inaktiv zu sein.

Belgien und Slowenien, die Länder mit der höchsten Inaktivitätsquote der 15- bis 24-Jährigen in Ausbildung oder beruflicher Fortbildung, weisen eine hohe Bildungsbeteiligung in der Sekundarstufe II und im tertiären Bereich sowie eine Studierendenbevölkerung mit niedrigem Medianalter auf. Im Gegensatz dazu haben Länder mit einer niedrigen Inaktivitätsquote unter Jugendlichen (vor allem Niederlande und Dänemark) ein duales Ausbildungssystem, sodass viele Jugendliche bereits früh erwerbstätig sind. In den Niederlanden sind darüber hinaus viele Studierende erwerbstätig. In Dänemark ist das Medianalter der Studierenden hoch, da viele Jugendliche nicht unmittelbar an die Sekundarstufe II eine tertiäre Ausbildung anschließen. In Großbritannien, das ebenfalls eine niedrige Inaktivitätsquote unter Jugendlichen aufweist, sind berufsbildende Ausbildungszweige kaum verbreitet, sodass der Arbeitsmarkteintritt meist relativ rasch erfolgt. In Österreich ist die Inaktivitätsquote der 15- bis 24-Jährigen unterdurchschnittlich. Das geht einerseits auf die weite Verbreitung des dualen Ausbildungssystems und andererseits auf den vergleichsweise niedrigen Anteil der Studierenden an der Bevölkerung zurück.

Im Haupterwerbsalter ist der Anteil der wegen Ausbildung und beruflicher Weiterbildung Erwerbsinaktiven am höchsten in Dänemark (2,7%) vor Schweden (2,5%) und Finnland (2,4%). Dies ist beachtlich, da insbesondere Dänemark und Schweden insgesamt eine geringe Inaktivitätsquote im Haupterwerbsalter aufweisen (unter 10%), sodass mehr als ein Viertel der Inaktiven aufgrund der Teilnahme an Ausbildung und beruflicher Fortbildung nicht auf dem Arbeitsmarkt präsent sind.

Der höhere Anteil der Nichterwerbspersonen im Haupterwerbsalter, die aufgrund von Ausbildung und beruflicher Fortbildung dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, ist in den skandinavischen Ländern und in Deutschland auf das höhere Medianalter der Vollzeitstudierenden zurückzuführen. Dieses geht u. a. auf den späteren Studienbeginn aufgrund der längeren Ausbildungsdauer der Sekundarstufe II zurück, auf die in Skandinavien verbreitete Praxis, vor Studienbeginn zu arbeiten oder sich eine Auszeit zu nehmen, und auf eine vergleichsweise lange Studiendauer.

Damit ein Rückzug vom Arbeitsmarkt zu Aus- und Weiterbildungszwecken möglich ist, müssen entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dazu zählt vor allem der Abbau zeitlicher und finanzieller Restriktionen, wie er mittels der Bildungskarenz sowie finanzieller Unterstützungsmodelle für Studierende angestrebt wird. Ein Großteil der Länder verfügt über Bildungskarenzmodelle, die sich aber in ihrer Ausgestaltung deutlich unterscheiden. Vor allem in Dänemark und Finnland ist die finanzielle Unterstützung während der Bildungskarenz hoch. In Österreich wurde die Bildungskarenz in den letzten zwei Jahren zweimal reformiert, insbesondere wurde die Einkommensersatzleistung auf den fiktiven Arbeitslosengeldbezug angehoben. Im 1. Halbjahr 2010 befanden sich in Österreich gut 7.000 Personen in Bildungskarenz.

Die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Erwachsenen und "andere persönliche oder familiäre Gründe" spielen als Ursachen der Erwerbsinaktivität von Männern kaum eine Rolle. Für Frauen hat dagegen insbesondere die Kinderbetreuung in der Regel einen signifikanten negativen Effekt auf das Arbeitskräfteangebot. Die Stärke und Nachhaltigkeit dieses Effekts hängt, neben einer Reihe anderer Faktoren (individuelle und haushaltsbezogene Merkmale, Arbeitsmarktlage, kultureller Kontext, Geschlechterleitbilder) insbesondere vom Zusammenspiel gesetzlicher Freistellungsregelungen und dem verfügbaren Angebot an institutioneller Betreuung ab. Auch das Ausmaß der durch "andere persönliche oder familiäre Gründe" bedingten Erwerbsinaktivität wird u. a. durch die Familienpolitik mitbestimmt. Die substantiellen internationalen Unterschiede spiegeln die Tatsache wider, dass in den untersuchten Ländern die Erwerbstätigkeit von Frauen in sehr unterschiedlichem Maße unterstützt wird.

In den nordischen Ländern Dänemark und Schweden sind die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf günstig. Die Familienförderung zeichnet sich in diesen Ländern im Wesentlichen durch zwei Merkmale aus: zum einen eine mit einem hohen Lohnersatz verknüpfte Karenz von substantieller, aber – im Vergleich mit anderen Ländern wie z. B. Österreich – mäßiger Dauer von rund einem Jahr, die zum anderen mit einem universellen Zugang zu qualitativ hochwertigen und erschwinglichen Kinderbetreuungseinrichtungen im Anschluss an die Karenz verknüpft ist. Diese Rahmenbedingungen schaffen die Voraussetzungen für eine kontinuierliche Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Kindern. Musterbeispiel für die Förderung des Doppelverdienermodells ist Schweden (*Lutz – Schratzenstaller, 2010*). Als Konsequenz eines konsistenten, vereinbarkeitsfördernden Policy-Mix ist in den nordischen Ländern der Anteil der Personen, die aufgrund von Betreuung oder Haushaltsführung erwerbsinaktiv sind, im Allgemeinen geringer als in den anderen Ländern. In Dänemark blieben im Jahr 2008 0,4% und in Schweden 0,7% der Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren wegen Betreuungspflichten sowie nur 0,4% bzw. 0,1% aus "anderen persönlichen oder familiären Gründen" dem Arbeitsmarkt fern (Durchschnitt der hier untersuchten 9 Länder 1,9% bzw. 1,5%).

In Finnland ist hingegen ein überdurchschnittlicher Anteil der Nichterwerbspersonen aufgrund von Betreuungspflichten nicht auf dem Arbeitsmarkt präsent (2,0%), weil Eltern häufig die Möglichkeit nutzen, über Mutterschutz und Elternkarenz (insgesamt rund zehn Monate) hinaus bis zum dritten Geburtstag des jüngsten Kindes eine erweiterte, unbezahlte Karenz in Anspruch zu nehmen und in dieser Zeit als Alternative zur Nutzung einer kommunalen Tagesbetreuung eine einkommensunabhängige Kinderbetreuungsbeihilfe zu beziehen. Mütter mit Kleinkindern unterbrechen in Finnland ihre Erwerbskarriere deutlich länger als jene in Dänemark und Schweden. Nach dem Bezug kehren finnische Frauen in großer Zahl wieder – auf Vollzeitbasis – auf den Arbeitsmarkt zurück.

In Österreich und Deutschland ist der Anteil sowohl der erwerbsfähigen Frauen, die wegen Betreuungspflichten erwerbsinaktiv sind (5,4% bzw. 4%), als auch von Frauen, die "aus anderen persönlichen oder familiären Gründen" nicht am Arbeitsmarkt teilnehmen (5,4% bzw. 3,7%), relativ hoch. Die Ursachen liegen in einer traditionell großen Bedeutung der Versorgungsleistungen der Familie und des Modells des Mannes als Familienerhalter. Jüngste Entwicklungen in beiden Ländern (z. B. einkommensabhängiges Kindergeld mit kürzerer Bezugsdauer) deuten auf einen gewissen Leitbild-

Betreuung und Haushaltsführung

wechsel in der Familienpolitik hin. Insbesondere in Österreich wirken jedoch bis heute ein unzureichendes Angebot an institutioneller Kinderbetreuung und eine lange Karenzzeit bzw. Bezugsdauer des Kinderbetreuungsgeldes negativ auf das Arbeitskräfteangebot von Frauen (*Festl – Lutz – Schratzenstaller, 2010*). Gesellschaftliche Vorbehalte gegenüber der Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern sowie einzelne Regelungen im Steuer- und Transfersystem (z. B. Alleinverdienerabsetzbetrag) wirken einer (kontinuierlichen) Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen zusätzlich entgegen.

Weitaus am höchsten ist der Anteil der Nichterwerbspersonen, die aufgrund der Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Erwachsenen dem Arbeitsmarkt fernbleiben, unter den neun untersuchten Ländern in Großbritannien (5,0%). Dies dürfte vor allem auf ein mangelhaftes und zudem teures Angebot an außerhäuslicher Kinderbetreuung zurückzuführen sein. Die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind deutlich ungünstiger als in den nordischen Ländern.

Wie das nordische Modell zeigt, sind am Individuum ausgerichtete Steuer- und Transferleistungen, ein Karenzsystem mit hoher Flexibilität der Inanspruchnahme, einem hohen Lohnersatzniveau und einer mäßigen Dauer sowie ein darauf abgestimmtes, flächendeckend verfügbares, erschwingliches und qualitativ hochwertiges Angebot an institutioneller Betreuung wesentliche Eckpfeiler einer Familienpolitik, die beide Geschlechter ermutigt und in die Lage versetzt, erwerbstätig zu sein. In Österreich könnte vermehrt das Potential der immer besser qualifizierten Frauen genutzt werden, indem im Bereich der Kinderbetreuung wie auch der Altenpflege größeres Gewicht auf Sachleistungen gelegt, der Ausbau der Betreuungsinfrastruktur forciert und die Anreize zu einer partnerschaftlichen Aufteilung der Elternkarenz verstärkt werden.

Krankheit und Erwerbsunfähigkeit

Die Sicherungssysteme bei vorübergehender Krankheit (Entgeltfortzahlung, Krankengeld usw.) und krankheitsbedingtem Arbeitsmarktaustritt (Invaliditäts-, Erwerbsunfähigkeitspension usw.) sind international entweder miteinander verbunden oder zwei getrennte Regelkreise. So ist in Großbritannien der Bezug einer vorübergehenden Krankengeldleistung die Voraussetzung für eine Dauerleistung (Pensionsleistung), während in den meisten Ländern – so wie in Österreich – beide Sicherungssysteme voneinander unabhängig sind. Für den internationalen Vergleich der gesundheitsbedingten Erwerbsinaktivität müssen sowohl die Inaktiven mit vorübergehenden als auch jene mit dauernden Krankheiten einbezogen werden.

Österreich weist gemäß der vergleichbaren Arbeitskräfteerhebung unter den neun betrachteten Ländern eine leicht überdurchschnittliche Inaktivitätsquote auf. Neben Deutschland ist aber der Anteil der wegen Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit Erwerbsinaktiven an der gesamten Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter am niedrigsten (2008 jeweils knapp über 2%). Am höchsten war dieser Anteil 2008 in Schweden (6,9%) und Dänemark (6,4%) vor den Niederlanden (5,8%) und Großbritannien (5,7%). Finnland (5,0%), Belgien (3,7%) und Slowenien (4,4%) nahmen hier eine mittlere Position ein.

Eine wichtige Erklärung für die länderspezifischen Unterschiede der gesundheitsbedingten Inaktivität liegt in den Strukturen der sozialen Sicherungssysteme. Maßgeblich ist zum einen die Definition der Erwerbsunfähigkeit. So gebührt etwa in Schweden eine Geldleistung bei einer gesundheitlich bedingten Erwerbsminderung von 25%, in Finnland hingegen erst bei einer Erwerbsminderung von 60%. Zum anderen variieren Anspruchsvoraussetzung, Höhe und Bezugsdauer von Sozialleistungen im Fall von Krankheit bzw. Erwerbsunfähigkeit. Darüber hinaus ist die Gewährung von Leistungen wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit und Pensionierung oftmals ein sozialpolitisches Substitut bei Problemen der Arbeitsmarktintegration von Älteren.

Die Unterschiede im Ausmaß der Erwerbsunfähigkeit und der dadurch bedingten Inaktivität gehen häufig auf Unterschiede im Gesundheitszustand zurück. Im Vergleich der neun Länder ist die Krankenstandsquote vor allem in Schweden, aber auch in den Niederlanden, in Finnland und Belgien überdurchschnittlich. Österreich und Deutschland weisen hingegen eine sehr niedrige Krankenstandsquote auf. In den beiden Ländern dürften die krankheitsbedingten Fehlzeiten vor allem seit 2000 überproportional gesunken sein (*Leoni – Mahringer, 2008*). Auch Dänemark und Großbritannien gehören zu den Ländern mit niedriger Krankenstandsquote.

Die Gründe des Rückzugs aus dem Erwerbsleben hängen mit den unterschiedlichen institutionellen Regelungen zusammen: So ist etwa die geringe Verbreitung von Erwerbsinaktivität aus gesundheitlichen Gründen in Österreich teilweise durch den früheren Erwerbsaustritt wegen (vorzeitiger) Pensionierung zu erklären, während in Schweden, Dänemark und den Niederlanden Ältere relativ selten aufgrund des Ruhestands und häufiger aufgrund von Erwerbsunfähigkeit erwerbsinaktiv sind. Der relativ niedrige Anteil der krankheitsbedingten Inaktivität steht in Österreich dem allgemeinen Bild des überdurchschnittlichen Anteils krankheitsbedingter Pensionen in Österreich entgegen. Die Versicherungsdaten des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger weisen eine hohe Zahl von Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspensionen aus. Die österreichische Besonderheit liegt darin, dass beim Erreichen des gesetzlichen Pensionsalters die krankheitsbedingte Pension nicht wie sonst in Europa üblich in eine reguläre Alterspension umgebucht wird. Neben den Möglichkeiten des vorzeitigen Pensionsübertritts könnte auch das Antwortverhalten in der Arbeitskräfteerhebung eine Rolle spielen: Wenn sich die Befragten als Nichterwerbsspersonen im Ruhestand bezeichnen, obwohl der Pensionierungsgrund ihr Gesundheitszustand war, könnte die krankheitsbedingte Inaktivität zu gering ausgewiesen sein.

Die internationalen Unterschiede zwischen den sozialrechtlichen Regelungen spiegeln sich auch in einer unterschiedlichen Klassifizierung von Erwerbsunfähigen als "erwerbslos" oder "erwerbsinaktiv" (Konle-Seidl, 2009). In Dänemark, Schweden und den Niederlanden werden Nichterwerbstätige bei vergleichbarem Gesundheitszustand und ähnlichen demographischen Verhältnissen häufiger als "dauerhaft erwerbsunfähig" eingestuft als in anderen Ländern. Speziell in Deutschland dürften Personen in vergleichbarer Lebenslage in der Arbeitskräfteerhebung mit wesentlich größerer Wahrscheinlichkeit dem Status der Erwerbslosigkeit zugeordnet werden. In Schweden, Dänemark und den Niederlanden besteht der Anspruch auf Transfers schon bei relativ geringer dauernder Erwerbsminderung, und die Transfers sind als universelle Leistungen konzipiert. Die Definition von Erwerbsfähigkeit ist deutlich enger gefasst als in Deutschland. In diesen Ländern ist deshalb zwar die Arbeitslosenquote niedriger, aber gleichzeitig der Anteil der Nichterwerbsspersonen aufgrund von Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit an der Bevölkerung höher.

Insgesamt lassen sich die länderspezifischen Unterschiede in der Verbreitung krankheitsbedingter Inaktivität nicht monokausal erklären. Zugangsdynamik, Bestand und Abgangsdynamik zwischen Arbeitslosigkeit und Inaktivität werden durch eine Vielfalt an makroökonomischen, institutionellen, persönlichen und gesellschaftlichen Faktoren beeinflusst. Auch aufgrund der Verzahnung der zwei Systeme der sozialen Sicherung bei Krankheit und Invalidität stößt die Suche nach eindeutigen Ursachenzusammenhängen insbesondere in diesem Bereich an ihre Grenzen.

Auch der Erwerbsstatus der 50- bis 64-Jährigen wird erheblich von der Ausgestaltung des sozialen Sicherungssystems beeinflusst. Die für diese Altersgruppe maßgeblichen sozialrechtlichen Regelungen betreffen insbesondere Leistungen im Falle von Gesundheitseinschränkungen und Arbeitslosigkeit, die gesetzlichen Möglichkeiten zum gleitenden Ausstieg aus dem Erwerbsleben und zum vorzeitigen oder regulären Pensionszugang sowie die Anspruchsvoraussetzungen und Einkommensersatzraten der Leistungen.

Nachdem die Frühausgliederung der älteren Arbeitskräfte in den hier untersuchten Ländern längere Zeit über verschiedene Möglichkeiten zum vorzeitigen Austritt vom Arbeitsmarkt (z. B. Altersteilzeitmodelle, Invaliditäts- bzw. Erwerbsunfähigkeitspension, Vorruhestands- und Übergangsleistungen, vorzeitiger Pensionsbezug) gefördert wurde, nehmen spätestens seit Mitte der 1990er-Jahre die Reformbestrebungen zu, den vorzeitigen Erwerbsausstieg zu erschweren.

Die Arbeitsmarktpartizipation der älteren Erwerbsbevölkerung (50- bis 64-Jährige) unterscheidet sich erheblich zwischen den Ländern. So sind in Belgien und Slowenien nicht einmal die Hälfte der Älteren beschäftigt, während in Schweden noch rund drei Viertel der Altersgruppe im Erwerbsprozess stehen. In Österreich lag der Anteil 2008 mit 55,3% unter dem Länderdurchschnitt (61,4%). Demnach haben sich in Belgien und Slowenien fast die Hälfte der Älteren vom Arbeitsmarkt zurückgezogen, in

Ruhestand

Schweden hingegen nur etwa ein Fünftel. In Österreich war der Anteil der Inaktiven im Jahr 2008 mit 43,3% überdurchschnittlich hoch (Länderdurchschnitt 36,1%).

Diese Abweichungen lassen sich neben den länderspezifischen Regelungen vor allem auf die unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen für einen vorzeitigen Pensionsbezug zurückführen. So wurde im schwedischen Pensionssystem eine flexible Altersgrenze mit versicherungsstatistischer Pensionsbemessung eingeführt. Dies bietet geringere Anreize für Ältere, sich vom Arbeitsmarkt zurückzuziehen, da die Pensionshöhe bei frühem Pensionsantritt entsprechend gekürzt wird. Dies hat einen längeren Verbleib im Erwerbsleben zur Folge.

Umgekehrt besteht etwa in Belgien als einzigem Land die Möglichkeit, bei Entlassung (unter bestimmten Voraussetzungen) bereits ab einem Alter von 52 Jahren auf tarifvertraglicher Basis ein Vorruhestandsgeld zu beziehen. Zudem kann ab dem Alter von 60 Jahren eine vorzeitige Pension ohne Abschläge in Anspruch genommen werden. Der überwiegende Teil der aus "anderen Gründen" inaktiven Älteren dürfte in Belgien diese Vorruhestandsoption als Substitut für eine vorzeitige Pensionierung nutzen und daher den Erwerbsinaktiven im Ruhestand zuzurechnen sein, mit entsprechend negativen Auswirkungen auf die Arbeitsmarktpformance dieser Altersgruppe im internationalen Vergleich.

In Slowenien war das (längerfristig steigende) Regelpensionsalter 2008 mit 62,5 Jahren für Männer und 61 Jahren für Frauen im Ländervergleich relativ niedrig. Ähnlich wie in Belgien ist der Bezug einer vollen Pension ohne Abschläge möglich, wenn die entsprechende Versicherungszeit vorliegt, allerdings schon ab einem Alter von 58 Jahren. Dementsprechend ist ein großer Teil der Älteren aufgrund von Ruhestand inaktiv (67%), während sich im Durchschnitt der untersuchten Länder nicht einmal die Hälfte (48,5%) und in Schweden sogar weniger als ein Viertel der Erwerbsinaktiven dieser Altersgruppe (24,8%) im Ruhestand befinden.

Auch in Österreich ist das reguläre Pensionsalter der Frauen mit 60 Jahren niedriger als in den anderen Untersuchungsländern (außer Großbritannien). Aufgrund der Übergangs- und Vertrauensschutzregelungen insbesondere für die mehrmals erweiterte Möglichkeit des abschlagsfreien vorzeitigen Pensionszugangs für Langzeitversicherte (Frauen ab 55 Jahren, Männer ab 60 Jahren: "Hacklerregelung") ist in Österreich der Anteil der Personen, die aufgrund der Pensionierung erwerbsinaktiv sind, mit 71,4% der Nichterwerbspersonen im Alter zwischen 50 und 64 Jahren am höchsten.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Hohes Potential an arbeitswilligen Nichterwerbspersonen in Österreich

Die Gruppe der Erwerbsinaktiven bildet eine wichtige Arbeitsmarktreserve und einen bedeutenden Teil des potentiellen Arbeitskräfteangebotes (Huber, 2008). Sie ist jedoch äußerst heterogen, da sie Personengruppen mit unterschiedlicher Nähe bzw. Distanz zum Arbeitsmarkt umfasst.

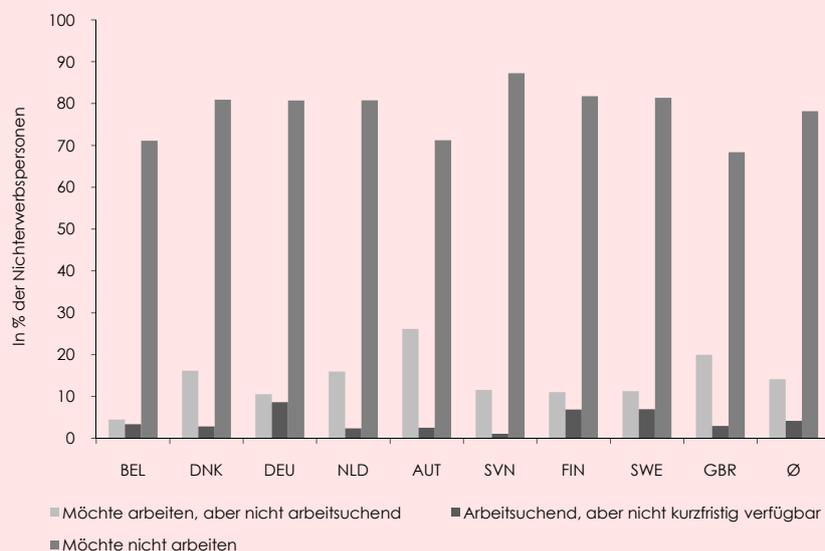
Im Vergleich der hier untersuchten Länder (Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Großbritannien, Niederlande, Schweden und Slowenien) ist der Anteil der Nichterwerbspersonen zwischen 15 und 64 Jahren, die zwar eine Bereitschaft zu arbeiten angeben, aber derzeit nicht Arbeit suchen, in Österreich mit gut einem Viertel aller Erwerbsinaktiven im Erwerbsalter am größten (nicht aktiv arbeitssuchend 26,2% der Nichterwerbspersonen, kurzfristig nicht verfügbar 2,6%; Abbildung 7). Der Anteil der 15- bis 64-jährigen Nichterwerbspersonen, die angeben, nicht arbeiten zu wollen, liegt mit 71,3% unter dem Durchschnitt der neun Länder (78,2%). Demnach besteht in Österreich ein vergleichsweise großes ungenutztes Erwerbspotential, auf das (Re-)Integrationsmaßnahmen abzielen könnten. Zudem ziehen sich in Österreich überdurchschnittlich viele Frauen aufgrund der Kinderbetreuung aus dem Arbeitsmarkt zurück. Da in Österreich vermutlich die Saisonbeschäftigung eine wichtige Rolle spielt, wird das tatsächliche Potential aber tendenziell überschätzt.

Laut Arbeitskräfteerhebung waren 2008 in Österreich insgesamt 1,394.000 15- bis 64-Jährige nicht erwerbstätig (Frauen 878.100, Männer 515.900). Rund ein Viertel von ihnen (26,2%; Frauen 212.400, 24,2%, Männer 152.400, 29,5%) wäre grundsätzlich gerne erwerbstätig gewesen. Davon wiederum hätten 126.300 Nichterwerbspersonen im erwerbsfähigen Alter (Frauen 73.500, 8,4%, Männer 52.800, 10,2%) eine neue Tä-

tigkeit auch innerhalb von zwei Wochen aufnehmen können ("stille Arbeitsmarktreserve"; Statistik Austria, 2009).

Abbildung 7: Nichterwerbspersonen (15 bis 64 Jahre) nach der Bereitschaft zu arbeiten

2008



Q: AMS, Eurostat (Labour Force Statistics), WIFO-Berechnungen. Ohne Antwortkategorie "keine Antwort", daher für Belgien, Niederlande, Finnland, Schweden und Großbritannien Abweichungen von 100%.

Der Anteil der Nichterwerbspersonen aufgrund von Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit sowie Ausbildung oder beruflicher Fortbildung ist in Österreich im internationalen Vergleich niedrig. Hingegen ist der Anteil der Nichterwerbspersonen im Ruhestand und aufgrund von Betreuungspflichten und "anderen persönlichen oder familiären Gründen" relativ hoch. Konkret scheint in zwei Gruppen ein besonderes Potential für eine etwaige Anhebung des Arbeitskräfteangebotes gegeben: Frauen mit Betreuungspflichten im Haupterwerbsalter (25 bis 49 Jahre) und ältere Männer und Frauen im Ruhestand.

Neben gesellschaftlichen Werten trägt die Familienpolitik dazu bei, dass in Österreich relativ viele Frauen im Haupterwerbsalter aufgrund von Betreuungspflichten erwerbsinaktiv sind. Im Gegensatz zu den nordischen Ländern wird die Erwerbstätigkeit beider Geschlechter nicht konsistent unterstützt. Im System der Familienförderung liegt das Schwergewicht auf ungebundenen Geldleistungen, das Sachleistungsniveau ist vergleichsweise niedrig. Der Familie kommt bei der Bereitstellung von Betreuungsleistungen nach wie vor relativ große Bedeutung zu, auch wenn jüngste Entwicklungen auf einen gewissen Leitbildwechsel in der Familienpolitik hindeuten.

Ein immer noch unzureichendes Angebot an institutioneller Kinderbetreuung und eine lange Höchstbezugsdauer des Kinderbetreuungsgeldes wirken negativ auf das Arbeitskräfteangebot von Frauen. Die Anreize zu einer partnerschaftlichen Aufteilung der Karenzzeit führten bisher keine substantielle Umverteilung der informellen, die Erwerbstätigkeit hemmenden Betreuungsarbeit zwischen den Geschlechtern herbei. Gesellschaftliche Vorbehalte gegenüber der Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern sowie steuerliche Regelungen wie der Alleinverdienerabsetzbetrag wirken einer (kontinuierlichen) Arbeitsmarktteilnahme von Frauen zusätzlich entgegen. Diese institutionellen Rahmenbedingungen tragen dazu bei, dass Betreuungsverpflichtungen gegenüber Kindern und Erwachsenen die Erwerbstätigenquote und die Arbeitszeit (und damit auch auf das Erwerbseinkommen) von Frauen in Österreich relativ stark dämpfen. Zentrale Ansätze zur Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen liegen in einem forcierten quantitativen und qualitativen Ausbau der in-

Wirtschafts- und sozialpolitische Handlungsoptionen

stitutionellen Kinderbetreuung²⁾ sowie in einer deutlichen Verstärkung der Anreize zu einer partnerschaftlichen Aufteilung der Elternkarenz.

In den Ländern mit der höchsten Arbeitsmarktpartizipation der älteren Bevölkerung (50- bis 64-Jährige) sieht das Pensionssystem entweder keine Möglichkeit zum Vorziehen des Ruhestandes vor (Dänemark), oder es eröffnet diese Möglichkeit nur mit sehr hohen Leistungskürzungen (Schweden). Hingegen bestehen in den Ländern mit der schlechtesten Performance, zu denen neben Belgien und Slowenien auch Österreich zählt, pensions- oder tarifvertragliche Regelungen, die einen sehr frühen Rückzug aus dem Erwerbsleben zu sehr günstigen Konditionen bezüglich der Einkommensersatzrate ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund müssen Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsmarktintegration der Älteren in Österreich darauf abzielen, die sozialrechtlichen Anreize zum früheren Pensionsantritt nachhaltig zu reduzieren. Dabei muss vermieden werden, dass andere Gründe für Erwerbsinaktivität in den Vordergrund rücken (Arbeitslosenversicherung versus Pensionsversicherung), während die Beschäftigungsquote Älterer insgesamt nicht steigen würde. Darüber hinaus ist es von zentraler Bedeutung, auf der betrieblichen Ebene durch nachhaltige Strukturveränderungen altersgerechte Arbeitsplätze zu forcieren, um so die Möglichkeit eines späteren Erwerbsaustritts zu schaffen.

Literaturhinweise

del Boca, D., Pasqua, S., Pronzato, C., Wetzels, C., "An Empirical Analysis of the Effects of Social Policies on Fertility, Labour Market Participation and Hourly Wages of European Women", in del Boca, D., Wetzels, C. (Hrsg.), *Social Policies, Labour Markets and Motherhood. A Comparative Analysis of European Countries*, Cambridge, 2007, S. 271-303.

Labour Market Inactivity and Social Security: A European Comparison – Summary

Compared to eight other European countries (Belgium, Denmark, Germany, the Netherlands, Slovenia, Finland, Sweden, UK), Austria's labour market performance is better than average. In 2008, a higher-than-average share of the working-age population (15 to 64 years) had jobs and the share of the unemployed was comparatively low. However, a higher-than-average share was economically inactive. Noticably, the share, in this group of countries, of working-age persons who are economically inactive and say they are willing to work yet are not seeking a job at the moment or are not immediately available is largest in Austria, which points at a large unexploited labour pool in Austria.

Both size and composition of the economically inactive group vary substantially between countries, reflecting the nationally distinct structures of social protection systems. In Austria, a comparatively low share of the working age population names education and training, illness or disability as the main reason for being out of the labour force. By contrast, a comparatively large share of the economically inactive was outside the labour market due to retirement, on the grounds of looking after children or incapacitated adults or due to "other family or personal responsibilities".

There is scope to increase labour force participation among women of primary working age (25 to 49 years) and people aged 50 to 64 years. Increased investments in child care and education, as well as stronger incentives for sharing care responsibilities equally at the household level are important policy instruments to foster women's employment. Measures to increase labour force participation should be targeted at reducing the incentives to leave the labour market before the legal retirement age. Equally important are public policies to support the creation of age-adequate work places which would allow people to retire at a later age.

²⁾ Zu den positiven Beschäftigungseffekten eines flächendeckend verfügbaren, qualitativ hochwertigen, erschwinglichen und mit den Arbeitszeiten kompatiblen Angebotes an außerhäuslicher Kinderbetreuung siehe z. B. *del Boca et al.* (2007) für die EU 15 und *Stadelmann-Steffen* (2008) für 28 OECD-Länder.

- Famira-Mühlberger, U., Budimir, K., Eppel, R., Huemer, U., Leoni, Th., Mayrhuber, Ch. (2010A), Soziale Sicherungssysteme und Arbeitsmarktperformanz in der EU. Hauptergebnisse, WIFO, Wien, 2010, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=38863&typeid=8&display_mode=2.
- Famira-Mühlberger, U., Budimir, K., Eppel, R., Huemer, U., Leoni, Th., Mayrhuber, Ch. (2010B), Soziale Sicherungssysteme und Arbeitsmarktperformanz in der EU. Vertiefende Analyse, WIFO, Wien, 2010, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=38911&typeid=8&display_mode=2.
- Festl, E., Lutz, H., Schratzenstaller, M., Mögliche Ansätze zur Unterstützung von Familien, WIFO, Wien, 2010, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=38701&typeid=8&display_mode=2.
- Huber, P., "Nicht-Erwerbspersonen in Österreich. Ergebnisse der Arbeitserhebung 2006", WISO, 2008, 31(1).
- Konle-Seidl, R., "Erfassung von Arbeitslosigkeit im internationalen Vergleich: Notwendige Anpassung oder unzulässige Tricks?", IAB-Kurzbericht, 2009, (4).
- Leoni, Th., Mahringer, H., Fehlzeitenreport 2008. Krankheits- und unfallbedingte Fehlzeiten in Österreich, WIFO, Wien, 2008, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=34220&typeid=8&display_mode=2.
- Lutz, H., Schratzenstaller, M., "Mögliche Ansätze zur Unterstützung von Familien durch die öffentlichen Haushalte", WIFO-Monatsberichte, Wien, 2010, 83(8), S. 661-674, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=40330&typeid=8&display_mode=2.
- Stadelmann-Steffen, I., "Women, Labour and Public Policy: Female Labour Market Integration in OECD countries. A Comparative Perspective", Journal of Social Policy, 2008, 37, S. 383-408.
- Statistik Austria, Arbeitserhebung, Ergebnisse des Mikrozensus, Wien, 2009.